AKDB

E-Government-Nutzung steigt weiter

[13.02.2023] Der IT-Dienstleister AKDB erwartet steigende Nutzungszahlen bei E-Government-Services im Jahr 2023. Damit setzt sich die Vorjahresentwicklung fort. Wesentlicher Grund sei die gesteigerte Servicequalität aus Nutzersicht.

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) prognostiziert für 2023 noch höhere Nutzungszahlen bei E-Government-Diensten in Bayern. Gründe für den erwarteten Zuwachs seien eine neue Generation von Online-Services, die volldigitale medienbruchfreie Verwaltungsprozesse erlauben, die Kompatibilität der eigenen Fachverfahren mit Fremd-Software und die finanzielle Förderung der Kommunen durch den Freistaat.
Im Jahr 2022 hatten bayerische Bürgerinnen und Bürger nach Angaben des bayerischen IT-Dienstleisters rund 1,6 Millionen Transaktionen über dessen Bürgerservice-Portale abgewickelt – neun Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die am häufigsten genutzten Dienste seien der Antrag auf Wunschkennzeichen, die Online-Wasserzählerablesung und die Statusabfrage von Dokumenten aus dem Einwohnermeldewesen.

Auch EfA-Dienste kommen gut an

Die gestiegenen Nutzungszahlen decken sich nach Angaben der AKDB mit dem wachsenden Angebot an E-Government-Services, wie etwa Web-Formularen oder Online-Fachdiensten. Allein im Jahr 2022 hätten bayerische Kommunen Web-Dienste im vierstelligen Bereich von der AKDB bezogen. Auch die Verbreitung der nachnutzbaren Online-Fachdienste, welche die AKDB im Auftrag anderer Bundesländer nach dem Einer-für-Alle-Prinzip entwickelt, bekomme eine hohe Dynamik. Allein die für das Land Brandenburg realisierten Online-Dienste aus dem OZG-Themenbereich Aufenthaltstitel seien bis Ende vergangenen Jahres in mehr als 200 Behörden aus 14 Bundesländern nachgenutzt worden. Auf ihre Website hat die AKDB ein Dashboard eingebettet, das Angebot und Nutzung digitaler Verwaltungsservices monatsaktuell dokumentiert.

Next Generation E-Government: Dienste ohne Portal

Damit E-Government-Services tatsächlich genutzt werden, müssten diese intuitiv bedienbar sein und benötigten digitale Ende-zu-Ende-Prozesse sowie Schnittstellen zu den Fachverfahren, so der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer. An diesen drei Stellschrauben wolle die AKDB auch 2023 drehen. Dabei vertraue der IT-Dienstleister auf eine neue Generation von E-Government-Diensten, die in jede Website integrierbar seien – also kein Portal benötigten. Sie verwenden die Open-Source- und Webcomponents-Technologie und haben Schnittstellen zum Großteil aller gängigen Fachverfahren, die in Kommunalverwaltungen eingesetzt werden. Dazu gehören viel genutzte Online-Dienste wie der Antrag auf Führerscheinumtausch oder der Antrag auf Meldebescheinigung. Diese und weitere Dienste werden in Bayern vom Freistaat gefördert und den Kommunen mindestens für 2023 kostenlos im Rahmen der BayernPackages (wir berichteten) zur Verfügung gestellt.

(sib)

Dashboard Digitale Verwaltung mit aktuellen Zahlen der AKDB

Stichwörter: Panorama, Bürgerservice, EfA